

UNIVERSITÄTSZEITUNG

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG
17. 3. 1966
10. JG. / 33603
15 PFENNIG



20 Jahre SED

Ich
und die Partei



Im August 1961, wenige Tage nach der Sicherung der Staatsgrenze der DDR in Berlin, hatte Prof. Dr. Holzappel in der „Universitätszeitung“ geäußert, daß er zuerst nicht unerhebliche Bedenken hatte, diese Maßnahmen könnten die politischen Spannungen verschärfen und uns einem Kriege näherbringen; daß er jedoch gleichzeitig gewiß war, unsere Staatsführung würde diesen wichtigen Schritt vorher nach allen Seiten wohl erwogen und durchdacht haben. „Dieses Vertrauen hat sich in der Folge“, schrieb er damals, „wie bisher stets, als völlig gerechtfertigt erwiesen.“ – Können Sie die dort sichtbar gewordene Wissenschaftlichkeit der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als Grundlage ihrer gesamten Politik bestätigen? fragen wie Prof. Dr. Holzappel.

Ja, unbedingt. Als Beweis kann unsere Entwicklung in den letzten Jahren gelten. Wer weiß, was geschehen wäre, wenn damals diese Maßnahmen nicht ergriffen worden wären. Die Entwicklung der Betriebe und wissenschaftlichen Institute sowie aller anderen Bereiche unseres Lebens hat sich stabilisiert, und wir können heute unsere gesamte gesellschaftliche Entwicklung richtig planen. Wir haben an Macht gewonnen, sind stärker geworden. Das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West hat sich eindeutig zu unseren Gunsten verändert. Deshalb können wir auch der Lösung der vor uns stehenden Aufgaben und der Überwindung der noch vorhandenen Schwierigkeiten mit gleichem Vertrauen entgegensehen.

Wie hat sich dieses Vertrauen zur Partei, dieses Vertrauen zu ihrer Politik entwickelt?

Nach den 12 Jahren Faschismus, nach dem Antikommunismus in der Weimarer Republik war es nicht leicht, das Neue in der Entwicklung nach 1945 immer richtig zu verstehen. Das ging nicht glatt, sondern kostete viele innere Kämpfe. Doch während in der Zeit des Faschismus ein aufrechter Mensch vereinsamt, muß jeder, der ehrlichen Willens ist, folgerichtig ein gutes Verhältnis zur Partei der Arbeiterklasse finden. Seit 1945 bis heute habe ich den Marxismus-Leninismus immer mehr schätzen gelernt. Sympathisierte man am Anfang noch mit der Entwicklung in Westdeutschland, die damals auf eine Rückkehr zu den relativ demokratischen Verhältnissen der Weimarer Republik hindeuten schien, die auch ich zu jener Zeit noch für wünschenswert hielt, so mußte man in der Folge unter dem Eindruck einer Vielzahl von Ereignissen, Eindrücken und Erlebnissen immer stärker empfinden, daß der von uns eingeschlagene Weg unter der Führung der SED der einzig richtige ist.

Was spüren Sie und was spüren Sie, Herr Professor, von der Wirksamkeit der Parteiorganisation in Ihrer Fachrichtung, an Ihrem Institut, und wie arbeiten Sie mit ihr zusammen?

Die Zusammenarbeit ist sehr gut. Ich ziehe zu allen wichtigen Fragen der Arbeit am Institut, bei denen sich eine kollektive Beratung empfiehlt, die Genossen der Partei unter meinen Dozenten und Assistenten zu Rate. Da gibt es keine Gegensätze – trotz manchmal unterschiedlicher Auffassungen – sondern das Verhältnis wird bestimmt durch das gemeinsame Bemühen um die Lösung unserer Aufgaben.

Zweifelloso hat die Parteiorganisation großen Anteil an den Fortschritten in unserer Fachrichtung an ihren ständig gesteigerten Leistungen in der Ausbildung und der Forschung, an der Weiterentwicklung der Studienpläne, dem Ausbau der Vertragsforschung usw. Dafür genießen die Mitglieder der Parteiorganisation in unserem Bereich meine Hochachtung.

Das II. Plenum des ZK der SED und in Übereinstimmung damit das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen haben neue Vorschläge für die Weiterentwicklung von Lehre und Forschung an unseren Hochschulen unterbreitet. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Meines Erachtens zielen die Vorschläge darauf, worauf auch die bisherige Politik der Partei auf dem Gebiet der Wissenschaft gerichtet war: die Wissenschaft effektiver zu machen, den Wissenschaftlern die Voraussetzung zu schaffen, unter denen sie mit höchster Produktivität lehren und forschen können. Insofern sind die zur Diskussion gestellten Prinzipien eine stonvolle Weiterentwicklung unserer eigenen Vorschläge.

Natürlich haben wir z. B. für das neu vorgeschlagene Studiensystem nicht in jeder Beziehung optimale Bedingungen. So sind wir in bezug auf die Ausbildung in chemischer Technologie auf die Einrichtungen der Akademie angewiesen, die uns nicht ständig ihre Kapazität zur Verfügung stellen kann, und müssen das Praktikum dort in zwei Schichten durchführen. Hierbei gilt es zu überlegen, wie wir die vorgeschlagenen Veränderungen in der Lehre am besten verwirklichen können. In der Gründung von Sektionen sehe ich die Möglichkeit, den Lehr- und Forschungsprozess wirksamer und mit geringeren organisatorischen Aufwand als jetzt zu leiten. Im Hinblick auf das geplante analytische Meßzentrum an unserer Universität, das eine große Bedeutung auch für die effektive wissenschaftliche Unterstützung vieler Betriebe haben würde, begrüße ich den Vorschlag von Staatssekretär Weiz auf dem II. Plenum, der Bereitstellung von modernen Geräten und apparativen Ausrüstungen im Interesse eines hohen wissenschaftlichen und ökonomischen Nutzens größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Unter Führung der Partei sind wir stärker geworden

UZ-Gespräch mit Prof. Dr. Heinz Holzappel, Direktor des Instituts für anorganische Chemie und Leiter der Fachrichtung Chemie

Wissenschaftler und Arbeiter

Wissenschaftler sind auch Staatsbürger. Das irreführende Bild von der unpolitischen Wissenschaft verhält ihnen von Jahrzehnten zu dem Ruf, daran zu denken sei nicht ihre Stärke. Es ist das nie völlig wahr gewesen – die Göttinger Sieben wie die Göttinger Achtzehn mögen als Belege dafür genügen.

Und wo begrenzt richtig, gab es immer die verschiedensten Ursachen – subjektiven Irrtum, durch die Reaktion erzwungene Abstinenz, auch bewußten Schildeknappendienen für die Herrschenden.

Die Zeiten wandeln sich, mit ihnen die Stellung der Wissenschaft und ihrer Vertreter. Das im Zeitalter der technischen Revolution selbst der Grundlagenforscher seine naturwissenschaftlichen Erkenntnisse in kleinsten Pritz angewandt sieht – wofür? – daß die Erkenntnisse des Gesellschaftswissenschaftlers heute unentbehrlich sind bei der Lenkung der modernen Wirtschaft, des modernen Staats – wofür? – das sind Ursachen dafür, daß immer häufiger Wissenschaftler ihre Stellung zum Staat, zu dem sie leben, überprüfen.

Wo solches ernsthaft und konsequent unternommen wird, nicht am Ende das Resultat, daß echte Verbindung zwischen Wissenschaft und Staat, zwischen Geist und Macht war auf Seiten des historischen Fortschritts möglich war und ist. Von hier bleibt noch ein Schritt bis zum Verständnis dafür, daß diese echte Verbindung zur

dauerhaft ist im sozialistischen Staat. Eine Erkenntnis, die Wissenschaftler unserer Republik, damit unserer Universität, gerade in diesen Tagen vor dem 20. Jahrestag unserer stolzen Partei mehrfach bekräftigt haben, wozu auch in unseren Ausgaben Zeugnisse zu finden waren und sein werden.

Gesprächen mit ihnen kann man entnehmen, wie dankbar sie ihrem – unserem – Staat sind, in dem sie und ihre Wissenschaft jede Unterstützung finden, in dem sie die Perspektive ihres Instituts, ihrer Universität, ihrer Wissenschaftszweige selbst bestimmen zum Nutzen der Wissenschaft und des Staates, wie dankbar sie dafür sind, daß die Interessen ihrer Wissenschaft und ihres Staates zusammenfallen, wodurch dieser Staat erst in Wahrheit der ihre wird.

Es erfüllt uns mit Freude festzustellen, daß solcherart Einsicht sich auch im anderen Teil Deutschlands durchzusetzen beginnt. Gewiß langsam, weniger profiliert, weniger konsequent zunächst – aber sie setzt sich durch. Was sonst in der nun zweiten Appell westdeutscher Professoren

an die Gewerkschaften, die Klassenorganisation der Arbeiter?

Es ist die Erkenntnis, daß der westdeutsche Staat nicht der Staat der Wissenschaftler ist, daß seine Interessen den ihren zueinanderlaufen ist – eingedenk der genannten Einschränkungen – die Erkenntnis des Interessentinklangs mit dem historisch progressivsten Teil der an der Entwicklung beteiligten Kräfte, mit der Arbeiterklasse.

Und es ist dies keine zufällige Reaktion. Vielmehr Ausdruck der historisch gesetzmäßigen Entwicklung, die einerseits die Verantwortung des Wissenschaftlers, wie einseitig erwacht, objektiv wachsen läßt, andererseits dieses Verantwortungsgefühl durch die Handlungen der herrschenden Reaktion provoziert.

Genosse Paul Fröhlich sprach auf der zweiten Großeranstaltung des Marxistischen Kolloquiums unserer Universität davon, daß die Einheit von Geist und Macht in unserem Staat verwirklicht ist. Auch hier ist die DDR Vorbild für die Entwicklung ganz Deutschlands.

Aus dem Brief westdeutscher Professoren an den DGB

Wir halten uns für verpflichtet, Sie dazu zu erinnern, daß die Gefahren einer Notstandsgesetzgebung, wie sie einst die Weimarer Republik aufzulösen half, inzwischen durch das Bewußtsein führender Politiker und Vertreter der Wirtschaft zur „formierten Gesellschaft“ noch klarer hervorgehoben sind... Auch wenn nur der sogenannte äußere Notstand zur Legitimation von Ausnahmemaßnahmen herangezogen werden sollte, würde sich die Gefahr nicht grundsätzlich mildern. In einer Periode, in der es keinerlei wirkliche Bedrohungen des europäischen Friedens gibt, müßte vielmehr die Vorbereitung des Rechtslage der Bundesrepublik auf einen Krieg auch außenpolitisch beunruhigend wirken. Und überdies jede Politikgruppe in die Versuchung bringen, aus innenpolitischen Gründen mit den Mitteln der Verschärfung der außenpolitischen Lage zu hantieren, sobald ihr dies als apparatus erscheint...

Allerdings hat sich die politische Situation seit 1962 materiell verändert, nämlich dadurch, daß die Proklamation des Zieles der „formierten Gesellschaft“, unvershüllt erfolgt ist. Demgegenüber sind die bloß formalen Widerstände, zu denen sich wegen des Widerstandes der Gewerkschaften die einzigen Kräfte bequemen mußten, die die Grundgesetzänderung so hartnäckig betreiben, wahrhaftig zweit-, ja dritrangig. Deshalb appellieren wir nochmals an den DGB und die Gewerkschaften, bei ihren früheren Beschlüssen zu bleiben, sie nicht aufzuweichen und auch künftig gemeinsam mit den kritischen Vertretern der Wissenschaft und des Geistes die Verfassung zu schützen.

110 MDN für Vietnam

Zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes spendeten die Teilnehmer einer Funktionserschulung der Gewerkschaft im Bereich Menschen und Internate 110 MDN. In einer Resolution, in der sie den barbarischen Aggressionskrieg der USA verurteilen und die westdeutschen Gewerkschaften auffordern, die Unterstützung der Aggression durch Bonn nicht anzulassen, erklären sie: Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Bedeutung der internationalen Solidarität aller Werktätigen unseren Kolleginnen und Kollegen nahegebracht wird, mit dem Ziel, das monatliche Sammelergebnis für den Solidaritätsfonds zu erhöhen.

Westdeutsche Professoren zum offenen Brief

Auch namhafte westdeutsche Wissenschaftler äußerten sich zu dem offenen Brief der SED an die SPD, so der Völkerrechtler Prof. Dr. Röder: „In der Tat manifestiert sich in dem offenen Brief der SED an die SPD ein bemerkenswertes Bemühen, von erstarrten Sprachschablonen wegzukommen und dadurch dem Deutschlandgespräch neue Möglichkeiten zu eröffnen.“ Und Prof. Dr. Burckhardt: „In etwaigen Gesprächen ist Gemeinsamkeit zu betonen: Kampf gegen die Rüstungspolitik, insbesondere gegen alle Atomwaffenrüstung und -verbreitung, gegen unnötige Notstandsgesetzgebung.“

Studentenkomitee appelliert an Westeuropa

Das westeuropäische Studentenkomitee für den Frieden in Vietnam hat die Studenten in ganz Westeuropa zu Großkundgebungen gegen die Intervention der USA in Vietnam aufgerufen. Darüber hinaus sollen alle Studenten und Intellektuellen Westeuropas für die Beteiligung an den Kundgebungen zum 1. Mai gewonnen werden, um die Ziele des Komitees dort zum Ausdruck zu bringen. Dieser Aufruf ist die erste große Kampfkampagne des Komitees, das Ende Februar gegründet wurde. Ihm gehören acht Studentenverbände aus Frankreich, Italien, Schweden, Norwegen, Österreich, den Niederlanden und Westdeutschland an.

Versammlungsverbot aufgehoben

Der Kampf der Westberliner Studenten gegen das vom Akademischen Senat der Freien Universität verhängte Verbot politischer Veranstaltungen in der Universität hat zu einem ersten Erfolg geführt. Nach mehrstündiger Debatte haben jetzt der Rektor, Prof. Lieber, und die Dekane der einzelnen Fakultäten entschieden, daß die Hörsäle und das Auditorium maximum für politische Veranstaltungen der Studenten zur Verfügung stehen sollen. Die Studenten hatten ein Aktionskomitee, dem 21 Studentenverbände angehören, gebildet.